



## Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden  
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden  
E-Mail: [pressereferat@wiesbaden.de](mailto:pressereferat@wiesbaden.de)  
<http://www.wiesbaden.de/presse>

3. Februar 2020

Sicherheit und Ordnung, Statistik, Homepage, Kinder & Jugend

### **Das Sicherheitsgefühl junger Stadtbewohner im öffentlichen Raum: gut, aber nicht unproblematisch**

Wie ist es um das Sicherheitsgefühl junger Wiesbadenerinnen und Wiesbadener bestellt? Fühlen sie sich generell sicher in der Stadt oder überwiegt die Sorge um die eigene körperliche Unversehrtheit? Diesen und weiteren Fragen ging das Amt für Statistik und Stadtforschung im Auftrag des Präventionsrates der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung im Alter von 16 bis 29 Jahren Ende des vergangenen Jahres nach.

Das Projekt wurde in Kooperation mit dem Polizeipräsidium Westhessen umgesetzt. Ziel war es, spezifische Problemlagen und potentielle Angsträume in der Stadt zu identifizieren und Grundlageninformationen für die Ausgestaltung zukünftiger kommunaler Präventionsprojekte zu liefern.

Positiv ist, dass sich die jungen Stadtbewohner grundsätzlich mehrheitlich sicher in der Stadt fühlen (66 Prozent) und überwiegend Vertrauen in die staatlichen Institutionen, allen voran Polizei (77 Prozent) und Justiz (67 Prozent), besteht. Das Zusammenleben der unterschiedlichen Teile der Stadtbevölkerung wird von 63 Prozent der Befragten als gut und eher gut bezeichnet.

Für fast drei Viertel aller Befragten (73 Prozent) gibt es aber auch Orte in Wiesbaden an denen sie sich unsicher oder zumindest unbehaglich fühlen. Häufig genannte räumliche

Schwerpunkte sind der Platz der Deutschen Einheit, das Areal rund um den Hauptbahnhof sowie generell Teile der Innenstadt. Diese Unsicherheit resultiert aus Problemen wie Zerstörung und Vandalismus (44 Pro-zent), Graffiti (36 Prozent), Gewalt (34 Prozent), Lärm (32 Prozent) und Drogenhandel beziehungsweise -konsum (30 Prozent). Diese werden zwar als problematisch benannt, haben für die Befragten jedoch nicht die größte Relevanz. Stattdessen sind es obdachlose und bettelnde Menschen, die von 61 Prozent der Befragten als größtes Problem und Unsicherheitsfaktor empfunden werden, gefolgt von „herumhängenden“ Jugendlichen und Erwachsenen mit 58 Prozent sowie „Alkoholisierten/Betrunkenen“ mit 51 Prozent. Weitergehende Ergebnisse der Befragung zeigen, dass diese Einordnung durchaus aus konkreten negativen Erlebnissen im öffentlichen Raum resultierten, oftmals aber auch pauschal auf ganze Teile der städtischen Gesellschaft übertragen werden.

Die Untersuchung des Amtes für Stadtforschung und Statistik verdeutlicht, dass ein erhöhtes Risiko für die eigene Sicherheit weniger aufgrund der Sorge Opfer einer schweren Straftat zu werden gesehen wird, sondern vielmehr Resultat eines zunehmend gestörten sozialen Miteinanders im öffentlichen Raum ist. Dementsprechend sind Pöbeleien und Bedrohungen (61 Prozent), Diebstahl (45 Prozent) und sexuelle Belästigung (53 Prozent) die größten Sorgen, die das Sicherheitsempfinden der Befragten negativ beeinflussen. Die Komplexität dieser Herausforderungen scheint auch den Befragten bewusst und so wird mehrheitlich nicht nur der „starke Staat“ gefordert, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen als sinnvoll erachtet. Neben einem konsequenten Durchgreifen der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden und einer starken Präsenz im öffentlichen Raum werden daher auch eine bessere Straßenbeleuchtung und mehr soziale Maßnahmen, im Sinne von Gewaltprävention, Streetworkern und (Schul-)Sozialarbeit befürwortet.

„Die genannten Problembereiche decken sich zu großen Teilen mit unseren Erfahrungen“, kommentierten Bürgermeister und Ordnungsdezernent Dr. Oliver Franz und Polizeipräsident Stefan Müller bei einer Pressekonferenz die Ergebnisse der Umfrage. „Bei der Lösung der Probleme können die Ordnungsbehörden alleine nicht erfolgreich sein. Es bedarf der Mithilfe weiterer städtischer Stellen, wie zum Beispiel dem Amt für Soziale Arbeit“, führten Franz und Müller weiter aus. Mit dem Sozialamt wollen beide über Wege besprechen, wie lösungsorientierter mit Alkoholkranken und Obdachlosen im Bereich des Platzes der Deutschen Einheit umgegangen werden kann. Aber auch mit der Deutschen Bahn wollen beide ins Gespräch kommen, immerhin handele es sich beim Bereich rund um den Bahnhof um einen der beiden meistgenannten „Angsträume“. Beide machten schließlich deutlich, dass sie sich weitere Aufschlüsse für

die Sicherheitslage von der im März 2020 vorliegenden Studie zum Westend im Rahmen des Projekts Kompass versprechen. Schon jetzt zeichne sich ab, dass im Westend wurzelnde Probleme auf benachbarte Innenstadtquartiere ausstrahlen.

Weitere Details können im Internet unter [www.wiesbaden.de/umfrage](http://www.wiesbaden.de/umfrage) kostenfrei heruntergeladen werden.

Fragen zu den Ergebnissen der Umfrage beantwortet das Amt für Statistik und Stadtforschung, Telefon (0611) 315691, E-Mail: [amt-fuer-statistik-und-stadtforschung@wiesbaden.de](mailto:amt-fuer-statistik-und-stadtforschung@wiesbaden.de).

+++